

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1203.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:  
Gedr. Krschold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meußdorf und Dresden-Jitzkau

Abonnementpreis einschließlich Fringerlohn monatlich 520,- M., durch die Post bezogen monatlich 520,- M., unter Ausschluss für Deutschland wöchentlich 150,- M., Einzelnummer 30,- M., Sonntagsnummer 40,- M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25281.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Schäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25281.  
Schäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gelbte Korporellzeile 75,- M., die 8 gelbte Korporellzeile 800,- M., auswärts 100,- M., Ausland 500 u. 1900 M.  
Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietsuche 25 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 20 M.

Nr. 299

Dresden, Mittwoch den 27. Dezember 1922

33. Jahrg.

## Weltpolitik nach dem Kriege

Von Dr. Paul Lebi

### V. Rußland

Unser Regime ist nicht das der Jaren, unsere Methoden sind gerade entgegengesetzt, aber das Ergebnis ist das gleiche.  
(Schicksal in Le Temps vom 3. Dezember 1922.)  
Es liegt völlig außerhalb dieser Erörterungen, zu prüfen, wie es in Rußland so kam und ob es so kommen mußte. Hier interessiert allein die Frage, was dieses Rußland für die Weltpolitik bedeutet.

Rußland ist das Land, in dem nicht nur alle Gewalten zusammengebrochen, sondern in die tiefsten Tiefen die sozialen Verhältnisse umgestaltet wurden. Der März des Jahres 1921 — jetzt von Lenin selbst der Wendepunkt bezeichnet — brachte die Wendung. Die Politik der Sowjets begann kapitalistisch zu werden, zunächst im Sinne eines Staatskapitalismus, in dem die herrschende Partei der Bolschewiki gedachte die starke Hand über den Kapitalismus zu halten. Man kann es schon an den ersten Anfängen sehen und man braucht kein Prophet zu sein, um es vorauszusagen, wie dieser Kapitalismus in Rußland wirken wird. Vor dem Kriege war der Kapitalismus in Rußland gewissermaßen eine Warmhauspflanze. Er gedieh nur in künstlicher Wärme und in der Pflege. Die Revolution hat den gesellschaftlichen Boden Rußlands tief aufgeplügt. Sie hat die sozialen Verhältnisse geschaffen, unter denen der Kapitalismus erdwickeln wird. Und der Kapitalismus in Rußland zieht ein unter ganz besonderen Bedingungen. Er entwickelt sich dort nicht wie in den affluenteren Ländern Westeuropas, belastet und beschwert mit alter zünftlicher Tradition, mit merkantilistischen Vorstellungen, mit mittelständlichen Sentimentalitäten. Dort tritt er auf: voraussetzungslos. Das heißt: die kapitalistische Entwicklung Rußlands wird in den Formen vor sich gehen, die wir aus kolonialen Ländern kennen. In tropischem Maße wird er aufsteigen und, wer auch nur die Weltgeschichte liest, etwa die Schicksale, Popoffs, aufmerksam gelesen hat, bekommt bereits eine Ahnung von der Unbegrenztheit dieses Kapitalismus. Dabei aber noch eines hinzukommen, daß das Wachstum des russischen Kapitalismus in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten steigen wird selbst über omerikanisches Tempo hinaus. Rußland übernimmt den Kapitalismus auf einer viel höheren Stufe als Amerika. Amerika übernahm den Kapitalismus im Zeitalter des Dampfes. Rußland übernimmt ihn im Zeitalter der Elektrizität. Amerika übernahm ihn im Zeitalter der gewerblichen Enverie, Rußland übernimmt ihn im Zeitalter des naturwissenschaftlichen Experimentes. Selbst Amerika hat heute schon sein kapitalistisches Rumpelkammerchen, Rußland übernimmt die kapitalistische Ausbreitung letzter Vollendung.

Kapitalistische innere Entwicklung bedeutet in ihrer Außenwirkung Imperialismus. Und auch das gehört nicht in das Gebiet der Prophezeiung, wenn wir sagen: dieser Imperialismus wird an Unbegrenztheit, Gewalttätigkeit und Kraft der Entwicklung der inneren kapitalistischen nicht nachstehen. Und beides können wir heute schon sehen: wie und wo er sich betätigen wird.

Zunächst das eine: Rußland dehnt sich über halb Europa durch ganz Asien hindurch. Eine weite, weite Ebene, durch eine natürliche Grenze weder zusammengehalten noch getrennt. Der Ural — nach Höhe nicht bedeutender als der Schwarzwald — ist als Grenze Europas von Asien eine willkürliche Erfindung des Geographen. Hier wie dort dehnt sich daselbe weite Land; man konnte sich fragen, wie diese große Masse ohne starke Zentralgewalt zusammenhalten werde. Die russische Revolution hat die Lehre der französischen Befähigt: gemeinsames, großes, soziales Erleben in der dauerhaftesten Form der Staaten. Diesem gemeinsamen Erleben, der Revolution, hat es Rußland zu danken, daß es beieinander blieb, als die Jarenmacht mit Beamten und Gendarmen zerfiel, als die Bolschewiki schwach waren, daß ihre Macht oft nicht

welt über die Donmühle Moskaus hinausreichte. Und so ist die Basis der russischen Politik heute dieselbe geblieben wie ehemals: die große, unermeßliche Ebene, deren politisches Gewicht durch die Abtrennung der Randstaaten nicht vermindert, nur gefährlicher gemacht wurde.

Wenn wir früher bei Frankreich sagten, wie wenig im Grunde die auswärtige Politik bürgerlicher Staaten von Staatsform und Personen abhängig ist, so gilt das nicht weniger vom heutigen Rußland. Wieder kapitalistisch-imperialistisch geworden, knüpft die Sowjetdiplomatie nur dort an, wo das kaiserliche Rußland das Werk verließ. Aber ehe es so weit kam, hatte Rußland noch ein Zwischenspiel zu erledigen. Es war geachtet. Es mußte zunächst um seine rein formale Geltung kämpfen und es mußte die Beziehungen an mit jedemman. Nowosilow war der erste Erfolg dieses Bemühens: ein kleines, weil bei einer kleinen Macht errungen. Es galt, in ein Verhältnis zu kommen mit den großen Weltmächten. Die englische Diplomatie bewies auch hier ihre größere Geschicklichkeit. Sie begann, mit Rußland zu verhandeln. Nach vielen beschriebenen Rufen und Aien sollte in diesem Sommer die erste praktische Konsequenz eines russisch-englischen Einverständnisses gezogen werden: im Uraurari-Vertrag. Das war der Augenblick für Frankreich, aus keiner Reserve herauszutreten. Es erfolgte die Reise Herriots nach Moskau. Nun hatte Rußland, was es brauchte. Zwei, die um ein Einverständnis mit Rußland sich bemühten, das heißt, zwei, von denen sich der eine gegen den andern auszuweisen lieb. Moskau gedachte, sich diese Rolle nicht leichtlich nehmen zu lassen: die nächste Folge war die Nichtratifizierung des Uraurari-Vertrages. Und so stand und steht heute Rußland vor der Wahl zwischen zwei Partnern, die nicht zwei eifersüchtige Rivalen sind, sondern von denen jeder einen großen weltpolitischen Komplex vertritt. Es ist falsch zu glauben, daß sich eine Wahl in einem Akt und einer Welt vollzieht. Es ist ein allmähliches Gleiten des Schwerepunktes nach der Seite des weltpolitischen Kontrahenten hin, und nie werden die Verluste ausbleiben, von Kontrahenten bessere Bedingungen herauszuschlagen durch Berufung auf sich bietende Gelegenheiten bei dem Gegner. So betrachtet, erscheint uns die weltpolitische Stellung Rußlands bereits fixiert.

Das Einverständnis, in das Rußland mit England im Jahre 1907 trat, war eine Zweckverabredung. Es galt der Abwehr gegen Deutschland, von dem sich beide bedroht fühlten. Nun die Gefahr überwunden ist, treten die alten Strebungen wieder in Kraft. Und die russische Politik ist im Grunde anti-englisch. Der ganze russische Drang, jenes Niefenlandes fast ohne Rüste, geht nach dem Meere. Das Nordmeer, an das Rußland grenzt, kommt für den Handel aus klimatischen Gründen nicht in Betracht. Die wenigen Häfen an der Ostsee sind Rußland genommen. Mit doppelter Macht muß so Rußlands Waffe sich gegen Süden wenden, und wo es auch lie: sie trifft dort auf England. Den Weg zum Bosporus verperrt England, das dort eine Bedrohung des Suezkanals und des Seewegs nach Indien sieht. Den Weg zum persischen Meerbusen verperrt England mit seinen mesopotamischen Besitzungen. Jeder Schritt nach Süden läßt England für Indien und die Erde zu Indien fürchten: die alten Motive des englisch-russischen Imperialismus von 1907 treten wieder auf. Trifft so Rußland gegen England auf die Seite Frankreichs, dann freilich steht der angelegentlichste Welt ein großer, unauflöslicher, kontinentaler Block gegenüber, der auch freilich seinen Schwerpunkt aus Mitteleuropa heraus nach Asien verlegt hat und der auf Japan Anziehungskräfte äußern wird, die schon vor dem Kriege sich dann und wann zeigten, und die vielleicht in der kürzlich erfolgten Krimmung Madawostofs von japanischen Truppen sich von neuem ankündigen. Sind das aber Zukunftsaussichten, so hat die russische Politik gegenüber bereits einen höchstaktiven Anteil gewonnen in einer aktuellen Frage, in Kleinostasien.

## Nottschrei der Kirche

Die bürgerliche Presse veröffentlicht Mitteilungen des Landeskonfistoriums über erfolglose Hilfsmaßnahmen gegen die Not der Geistlichen, in denen versucht wird, der sozialdemokratischen Regierung die Schuld an dieser Notlage zuzuschreiben. Es heißt in der Veröffentlichung:

Die Kollage des Pfarrverbandes in Sachsen hat das E. v. Luth. Landeskonfistorium in Dresden immer wieder zu lebhaften Bemühungen um Abschluß oder Linderung derselben veranlaßt. Unter Zuhilfenahme von Darlehen ist eine Unterstützung der Geistlichen bis zu einem gewährleisteten Monatslohn von 10 000 M. in die Wege geleitet worden. Für finkereiche Pfarrhäuser wird diese Summe bis auf 17 500 M. erhöht. Weitere Erhöhungen hängen hauptsächlich vom Eingang der im Januar bzw. Februar zu erwartenden Kirchensteuern ab. Das Landeskonfistorium hat nach wie vor den Anspruch der Landeskirche auf Fortdauer der Besoldungsausschüsse, wie sie nach Einführung der Geistlichen in die Gehaltsklassen der übrigen akademischen Berufe notwendig war, insbesondere bei Erhöhung der Staatsbeamtengehälter zeitig bei der Staatsregierung geltend gemacht. Ferner wurde der neu gewählte Landtag um entsprechende Erhöhung der im Haushaltsplan vorzusehenden Mittel ersucht. Landtag und Staatsregierung haben jedoch die Weitergabung der Beiträge abgelehnt. Das Landeskonfistorium hat weiter auch beim Reichsministerium des Innern um Hilfe für die Durchführung einer kirchenrechtlichen Auslegung der Reichsverfassung in Sachsen gebeten und auch beim Reichsfinanzministerium nachgesucht, daß in gleicher Weise wie für die Länder und bürgerlichen Gemeinden, so auch für die Kirchengemeinden zur Aufhebung der Steuerumlagen Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden. Auch der Deutsche Evangelische Kirchenbund hat sich der Klagen aus Sachsen angenommen und durch den Kirchenausschuß entsprechende Anträge an das Reichsministerium des Innern und das Reichsfinanzministerium gestellt. Ob alle diese Bemühungen Erfolg haben werden, und ob es gelingen wird, der weiteren Verarmung des Pfarrverbandes in Sachsen Einhalt zu bieten, steht zur Zeit noch weit dahin.

In bezug auf den Vorwurf, der in diesen Mitteilungen dem sächsischen Landtag und der Staatsregierung wegen der Ablehnung der Weiterzahlung der Beiträge an die Kirche gemacht wird, mag an die Ausführungen erinnert werden, die der Ministerpräsident Bud zu dieser Angelegenheit kürzlich im Landtag gemacht hat. Er sagte:

„Der Staatsregierung einen Vorwurf im Landtag zu machen, ist unangebracht. Ich behaupte, meine Damen und Herren, daß die Initiative bei der obersten kirchlichen Behörde liegt. Am 21. November 1918, vor reichlich vier Jahren, habe ich mit dem Herrn Präsidenten des Landeskonfistoriums und Herrn Bischof Lüdemann eine Rücksprache gehabt.“

Der Präsident des Landeskonfistoriums gibt den Inhalt der Rücksprache in einem Rundschreiben an alle Superintendenten des Landes vom 2. November 1918 bekannt und sagt: „Der Vorstand des Ministeriums des Kultus und Inneren, Herr Volkswirtschaftsminister Bud, hat den unterzeichneten Konfistorialpräsidenten am 21. des Monats zu einer Besprechung der Frage der Trennung von Kirche und Staat in das Kultusministerium eingeladen.“

Im Laufe der Unterredung wurde seitens des Herrn Ministers wiederholt betont, daß die im Auftrage an das sächsische Volk angeordnete Trennung von Staat und Kirche von der Regierung in Fülle werde durchgeführt werden, wobei er sich persönlich bemühen werde, unnötige Härten zu vermeiden. Bestimmt müsse aber die oberste Kirchenbehörde mit dem baldigen Wegfall aller Staatsaufwendungen für die Landeskirche, ebenso mit der Entfernung des Religionsunterrichts aus der Volksschule, mit der Übernahme der Friedhofverwaltung durch die politischen Gemeindevertretungen und einer Änderung in der Art der Ausbringung der Mittel für den kirchlichen Bedarf rechnen.

Im Hinblick auf den Ernst der Lage der Landeskirche und bei der Dringlichkeit der Sache unterläßt das Landeskonfistorium nicht, die Superintendenten des Landes vom Sachstand schon jetzt in Kenntnis zu setzen und ihnen anheimzugeben, daß für ihre Epochen Räte zu erwägen und für zweckdienliche Maßnahmen seitens der obersten Kirchenbehörde sich tunlichst umgehend anher auszusprechen.

Das war vor reichlich vier Jahren, meine Damen und Herren, und ich glaube, der Zeitraum hätte auch für die oberste Kirchenbehörde genügt, einleitende Maßnahmen zu treffen. (Aufstimmung links.) Wenn sie das nicht getan hat, so trifft die Regierung keine Schuld daran, und wenn nun gar gesagt wird, daß die Regierung durch ihre Intoleranz die Geistlichen und Kirchenbeamten ins Elend gestoßen habe, dann bitte ich Sie, richten Sie diesen Vorwurf zuerst gegen die Angehörigen der Kirche, die die Pflicht haben, ihre Einrichtung auch finanziell aufrechtzuerhalten. (Gedr. waßt! links.) Wenn sie das nicht tun, so muß ihnen der Vorwurf gemacht werden, aber nicht es, meine Herren, die wir uns als Regierung bemüht haben, auch noch Kredite dafür vom Landtag zur Befolgung der Geistlichen bewilligt zu erhalten. Es geht nicht an, vier Jahre hindurch vor den Landtag zu treten und zu versprechen, daß die endgültige Regelung vor der Tür stehe; es glaubt uns dann niemand mehr, wenn wir im fünften und sechsten Jahre damit wieder kommen.

Darum haben wir Maßnahmen getroffen, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen, daß sie endlich an das in der Reichsverfassung gegebene Versprechen der Trennung von Kirche und Staat herangeht und sich nicht davor scheut. Wenn es so weitergeht wie bisher, so werden wir eingeschrieben drüben, ob uns Artikel 12 der Reichsverfassung das Recht gibt, in dieser Beziehung selbstständig vorzugehen. Ich betone es heute, daß es nicht Reichsrecht gegen die Kirche oder Religion ist, 100 M. dazu anzurecht, sondern nur das Bestreben, den Staat von Aufgaben zu befreien, die ihn nichts angehen, und wenn Ausgaben von Tausen solche Einrichtungen mit dem Staate verbunden waren, so kann der Staat in der Zukunft sich unmöglich mit Angelegenheiten befassen, die das Gemüt und das Seelenleben

## Opfer des Besitzes?

Cuno's Weihnachtswunsch — ohne Erfüllung

Herr Cuno, gegenwärtiger Kanzler des Deutschen Reiches, hat aus Anlaß des Weihnachtsfestes durch das Wolffsche Telegraphenbureau in ganz Deutschland einen Artikel verbreiten lassen, in dem er vom Frieden spricht und von schweren Opfern an Gut und Geld, die die Regierung auf sich zu nehmen entschlossen ist, um der Freiheit deutschen Blutes und der friedlichen Arbeit mit andern Völkern willen. Frieden? Die ungeheure Produktionssteigerung, die unsern Völkern für Mitte Januar in Aussicht gestellt ist und die den Interessen der Landwirtschaft weit mehr entgegenkommt als denen der arbeitenden Klassen, ist nicht dazu angetan, den inneren Frieden zu fördern. Und den Frieden nach außen, und erst die Opfer? Den Frieden nach außen wird Deutschland nur sichern helfen, wenn es fortfährt mit der Politik der Erfüllung, wenn es nach wie vor sein Möglichstes tut, um die finanziellen Bedürfnisse seiner Gläubiger zu befriedigen, wenn weiterhin ernsthaft Opfer gebracht werden. Bisher wurden die schweren Opfer von der arbeitenden Bevölkerung gebracht, während die Wirtschaft Deutschlands sich bestrebt, ihre Finanzkräfte in den Dienst der Opposition gegen die Erfüllungspolitik zu stellen. Soll das so weitergehen? Bior hat die völkerverfeindliche Zeit, das Organ des

Herrn Stresemann und des Reichswirtschaftsministers Dr. Beder, in ihrer letzten Ausgabe vor den Weihnachtsfeiertagen von einem vorläufigen Abschluß der Reparationsbesprechungen und einer „Einigung zwischen Regierung und Wirtschaft“ gesprochen, so daß der Anschein erweckt werden könnte, als ob die Industrie jetzt bereit sei, Opfer zu bringen. Wir betonen: das ist nicht der Fall. Einig sind sich Regierung und Industrie lediglich darüber, daß versucht werden soll, eine endgültige Lösung immer noch über die Frage der Garantien, die hoch den wichtigsten Punkt in dem für Paris bestimmten deutschen Vorschlag bilden müssen. Es besteht also Aussicht, daß die Opfer, von denen Herr Cuno sprach, trotz der Regierung der Wirtschaft weiterhin nur auf Kosten der werktätigen Bevölkerung gebracht werden.

Zimmerhin muß versucht werden, einen Plan auszuarbeiten, der nicht auf sofortige Ablehnung zielt. Wir müssen endlich auf dem Angebot einer festen Summe kommen, das man schließlich auch im Ausland erwartet. Natürlich muß dieses Angebot die notwendigen Garantien enthalten, denn nur so wird es möglich sein, der Finanzpolitik Voincarés zu entweichen. Für diese Garantien Sorge zu tragen und damit die Einheit des Deutschen Reiches in Zukunft sichern zu helfen, ist Aufgabe der gegenwärtigen „Regierung der Wirtschaft“.